

Gleichheit in einer ungleichen Welt

Menschen sind aus vielerlei Gründen ungleich. Sollten es sich Gesellschaften zum Ziel setzen, die Folgen der Unterschiede zu nivellieren? **Ein Denkanstoß**

Von **Corinne Flick und Clemens Fuest**

Gründerin des Convoco-Forums/Präsident des Ifo-Instituts



Ungleich von Geburt an Viele der ärmsten Länder der Welt befinden sich in heißen Klimazonen. Blick in ein Klassenzimmer in Ruanda

Gleichheit in einer ungleichen Welt“, lautet das Thema, das die Convoco-Foundation in diesem Jahr in den Mittelpunkt der Arbeit ihrer Stiftung gestellt hat. Die aktuellen Krisen und Herausforderungen – geopolitische Konflikte, voranschreitende Klimaerwärmung und Energieverknappung unterstreichen die Bedeutung des Themas, weil die Folgen verschiedene Gruppen von Menschen, Regionen und Länder unterschiedlich betreffen.

Gleichheit ist ein wichtiger Begriff – und einer, der konkretisiert werden muss. Menschen sind aus vielen Gründen ungleich. Sie unterscheiden sich in Herkunft und Wertvorstellungen, in Intelligenz, Talenten und Ehrgeiz, in Gesundheit und in vielen anderen Dimensionen. Sollten sich Gesellschaften zum Ziel setzen, die Folgen dieser Unterschiede auszugleichen? Als Mindestforderung gilt die Gleichheit vor dem Gesetz. Gesetze müssen vermeiden, bestimmte Menschen grundlos anders zu behandeln als andere. Aber umstritten ist bereits die Frage, was als hinreichender Grund für eine unterschiedliche Behandlung gelten kann. Ist es zulässig, Migranten die Einreise und den Zugang zu Sozialleistungen zu verweigern, während diese Leistungen den eigenen Staatsbürgern gewährt werden? Ist es in diesem Zusammen-

hang mit den Wertvorstellungen der EU vereinbar, dass einzelne Mitgliedstaaten den eigenen Bürgern Sozialleistungen bewilligen, sie Zuwanderern aus anderen EU-Staaten aber vorenthalten? Ist es akzeptabel, dass die EU-Staaten ukrainischen Flüchtlingen die Einreise erlauben, afghanische oder syrische Flüchtlinge aber zurückweisen?

Darüber hinaus gehen Forderungen nach Gleichheit unter Bürgern innerhalb von Staaten. Unterschiede in Einkommen und Vermögen, Status und Macht werden kritisch betrachtet. Dabei wird allerdings leicht übersehen, dass eine gewisse Ungleichheit eine unvermeidliche Begleiterscheinung moderner Gesellschaften ist. Das hat den ökonomischen Grund, dass eine vollständige Nivellierung von Einkommen und Vermögen den materiellen Anreiz zu arbeiten oder Vermögen zu bilden auslöschen würde. Bei offenen Grenzen führt starke Umverteilung in einem Land dazu, dass die Vermögenden und die Leistungsfähigen abwandern. Außerdem sind moderne Gesellschaften notwendigerweise in wichtigen Teilen hierarchisch organisiert. Das gilt auch für nicht marktwirtschaftlich orientierte Ordnungen. Politische Ämter werden ebenso wie Leitungsfunktionen in

Unternehmen in Wettbewerbsverfahren vergeben, an deren Ende es Gewinner und Verlierer gibt.

Daraus folgt natürlich nicht, dass jede Form der Ungleichheit zu akzeptieren ist. Breitere Unterstützung als die radikale Idee der Ergebnisgleichheit genießt die Forderung nach Chancengleichheit. Sie ist eng verbunden mit dem Konzept der Meritokratie. Jeder soll die Möglichkeit haben, zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen. Aber diejenigen, die besonders viel leisten, sollen höher entlohnt werden. Das wirft allerdings die Frage auf, wie damit umzugehen ist, dass Menschen aufgrund ihres Elternhauses, ihrer angeborenen Fähigkeiten oder ihrer Gesundheit sehr ungleiche Startchancen haben. Man kann argumentieren, es sei Aufgabe des Staates und des Rechtssystems, dafür zu sorgen, dass der persönlichen Entfaltung des Einzelnen im Rahmen der jeweils vorliegenden Voraussetzungen nur Raum gewährt wird, soweit die berechtigten Interessen anderer dadurch nicht beeinträchtigt werden. Dazu gehört es, offenkundige Verstöße gegen das Prinzip der Gleichbehandlung vor dem Gesetz zu vermeiden. Vor der Französischen Revolution waren Adel und Klerus von der Pflicht ausgenommen, Steuern zu zahlen, während der Rest der Gesellschaft geschöpft wurde. Diese Art von Ungleichbehandlung ist mit modernen Wertvorstellungen unvereinbar.

In vielen Ländern geht staatliches Handeln aber über die Vermeidung offenkundiger Diskriminierungen hinaus. Die öffentliche Finanzierung von Schulen, kombiniert mit der Schulpflicht, zielt darauf ab, die Chancengleichheit aktiv zu verbessern. Eingriffe, die mit dem Argument verteidigt werden, sie würden Chancengleichheit fördern, gehen mittlerweile allerdings deutlich weiter. Sie greifen in Entscheidungen ein, die früher der individuellen Handlungsfreiheit vorbehalten waren. Ein intensiv diskutiertes Beispiel ist die Einführung von Mindestquoten für Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen. Hier werden direkt Ergebnisse vorgegeben, was auf den ersten Blick mit der Forderung nach Chancengleichheit nicht zu rechtfertigen ist. Als Begründung wird angeführt, dass die Chancen von Frauen, Führungspositionen in Unternehmen zu erreichen, zwar nicht durch explizite Regelungen beeinträchtigt werden, aber durch informelle Diskriminierung. Diese entstehe durch soziale Normen und überkommene Rollenbilder sowie informelle Kartelle und teils unbewusste Verhaltensweisen. Aktuelle Studien über Bewerbungsverfahren oder zum Verhalten in Vortragssituationen zeigen, dass diese Thesen nicht von der Hand zu weisen sind. Ähnliche Ergebnisse liefern Untersuchungen zur Diskriminierung von Angehörigen anderer Milieus oder Gruppen, beispielsweise von Menschen mit Migrationshintergrund.

Ungleichheiten sind nicht nur ein Konfliktfeld innerhalb von Gesellschaften – sie prägen auch Debatten über globale Entwicklungen und Krisen. Der Ukraine-Krieg hat den Anstieg der Energiepreise, der schon im letzten Jahr sichtbar war, dramatisch beschleunigt. Die Störung globaler Lieferketten, steigende Rohstoffpreise und eine zu lange sehr

laxe Geldpolitik haben ebenfalls dazu beigetragen, dass die Inflation zurückgekehrt ist. Diese Krisen teilen die Welt in Gewinner und Verlierer. Während Ölproduzenten profitieren, müssen Energieimporteure den Gürtel enger schnallen. Die aktuelle Nahrungsmittelknappheit trifft primär Menschen in den ärmsten Entwicklungsländern. Wieder andere Verteilungsfolgen zieht der Klimawandel nach sich. Hier sind Staaten betroffen, die besonders anfällig für Überschwemmungen sind oder deren Klima bereits heute von Hitze und Trockenheit geprägt ist.

Dass diese Entwicklungen Länder und Regionen sehr ungleich treffen, wäre akzeptabel, solange alle Länder mal auf der Gewinner- und mal auf der Verliererseite stehen würden und sie außerdem genug Reserven und ausreichend Resilienz besäßen, um Krisen überbrücken zu können. Davon kann man jedoch nicht ausgehen. Viele der ärmsten Länder der Welt befinden sich in sehr heißen Klimazonen. Sie sind durch Nahrungsmittelknappheit und Klimawandel gleichermaßen stärker belastet als andere Staaten. Ihnen fehlen die Ressourcen, um sich an die veränderten klimatischen Verhältnisse anzupassen. Um größere Krisen bis hin zu Hungersnöten zu vermeiden und mittelfristig die Krisenresilienz zu verbessern, brauchen diese Länder die Unterstützung der industrialisierten Welt. Das betrifft sowohl kurzfristige Hilfen, um die akuten Versorgungsprobleme

zu bewältigen, als auch den Aufbau einer langfristigen und nachhaltigen Zusammenarbeit. Das scheitert bislang daran, dass die industrialisierten Staaten stark mit Konflikten untereinander, derzeit insbesondere dem Ukraine-Krieg, und mit der innenpolitischen Bewältigung dieser Krisen beschäftigt sind. In Deutschland nehmen Themen wie der „Tankrabbatt“ oder – wichtiger – die Gasversorgung im kommenden Winter die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Politik stark in Anspruch. Die Nöte wirtschaftlich besonders vulnerabler Länder in Afrika dringen dabei kaum durch.

Es ist unvermeidlich, dass Politik und Gesellschaft bei multiplen Krisen und Herausforderungen an den Rand der Überforderung geraten. Die richtige Reaktion darauf besteht darin, Prioritäten zu setzen. Das könnten die folgenden sein: Erstens gehört unsere Aufmerksamkeit den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft. Das gilt für Menschen in unseren Ländern, aber auch für die ärmsten Länder der Weltgemeinschaft. Ihnen zu helfen, die aktuellen

Krisen zu überstehen, dürfen wir keinesfalls vergessen. Von allen anderen muss man erwarten, dass sie ihren Anteil an den Lasten tragen. Zweitens gilt es, auf die Veränderungen und Konflikte um uns herum entschlossen und agil zu reagieren und die Kosten nicht größer werden zu lassen als unvermeidlich. Dazu gehört es, notwendige Anpassungen entschlossen umzusetzen, statt sich in die Illusion zu flüchten, die Politik könnte die Bevölkerung durch Tankrabatte oder kreditfinanzierte Rüstungsprogramme von den Folgen der Krisen um uns herum abschirmen und alles könnte so bleiben, wie es ist. ■



Die Autoren

Corinne Flick ist Gründerin und Vorständin der gemeinnützigen Convoco-Stiftung. Clemens Fuest ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Präsident des Ifo-Instituts

»
Ist es akzeptabel, dass die EU ukrainischen Flüchtlingen die Einreise erlaubt, afghanische oder syrische Flüchtlinge aber zurückweist?
«